



Stadtrat ohne Auftrag

Erlangen – könnte eine bessere Fahrstadt sein! SPD und Grüne möchte das, aber noch nicht jetzt. Die JU folgert daraus: Wer kann aber nicht will, den braucht man in der Politik nicht.

Die JU Erlangen ist erstaunt über den Mangel an politischen Gestaltungswillen von SPD und Grüne in Erlangen. In der letzten Stadtratssitzung am 24.10. hatten die Initiatoren des Bürgerbegehren „Radentscheid“ die Gelegenheit, ihr Fahrradkonzept für Erlangen vorzustellen. Der Vorschlag überzeugte über alle Fraktionen hinweg, sodass die CSU unmittelbar die Umsetzung der Vorschläge als Beschlussvorlage einbrachte.

Was darauf folgte, war eine Sternstunde „Kommunaler-Selbstkastration“ von Rot-Grün, denn die Umsetzung wurde abgelehnt. Begründet wurde dies dahingehend, dass man dem Radentscheid die Bindungswirkung eines Bürgerentscheids nicht vorenthalten wolle. Diese juristische Bindung an den Entscheid würde jedoch lediglich ein Jahr bestehen.

Man garantiert also den Initiatoren einen eigentlich nicht notwendigen Bürgerentscheid, an dessen Ergebnis der Stadtrat ein Jahr gebunden wäre, obwohl absolut nicht ersichtlich ist, dass irgendeine Mehrheit in den kommenden Monaten einen gegenteiligen Beschluss fassen würde. Denn klar ist, dass die Themen des Radentscheids den Rückhalt des jetzigen Stadtrates, wie auch der breiten Bevölkerungsmehrheit in unserer Fahrradstadt hat. Zumal tritt eine solche Bindungswirkung auch ein, wenn der Stadtrat die Durchführung der mit dem Bürgerbegehren verlangten Maßnahme beschließt.

„Das einzige, was SPD und Grüne in der Stadtratssitzung also getan haben, ist die Umsetzung eines sinnvollen Themas (bspw. Die Sicherheit von Fahrradfahrern) ohne

Not auf die lange Bank zu schieben und einen für den Bürger teuren Bürgerentscheid künstlich herbeiführen“, so Sophia Schenkel. Auch können die Maßnahmen nun nicht mehr in die anstehenden Haushaltberatungen für 2020 miteinfließen.

Die JU unterstellt daher, dass das Instrument des Bürgerentscheid als Korrektiv zwischen Bürger und Stadtrat unnötig zu Rot-Grünen Wahlkampfspielchen missbraucht wird und eine Sachentscheidung hinter Machtkalkül zurückstehen muss, um sich im Wahlkampf für den Einsatz bzgl. des Radentscheids zu feiern.

„Nebenbei hatten SPD und Grüne sechs Jahre Zeit um Erlangen zu einer besseren Fahrradstadt zu machen und benötigen anscheinend erst einen Bürgerentscheid zur Umsetzung. Durch die momentane Selbstdarstellung möchte man wohl diese Untätigkeit verbergen. So schafft man sich politisch ab“, führt die Kreisvorsitzende weiter aus.

Art. 18a BayGO Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

[...]

(9) Ist die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens festgestellt, darf bis zur Durchführung des Bürgerentscheids eine dem Begehren entgegenstehende Entscheidung der Gemeindeorgane nicht mehr getroffen oder mit dem Vollzug einer derartigen Entscheidung nicht mehr begonnen werden, es sei denn, zu diesem Zeitpunkt haben rechtliche Verpflichtungen der Gemeinde hierzu bestanden.

[...]

(13) ¹Der Bürgerentscheid hat die Wirkung eines Beschlusses des Gemeinderats. ²Der Bürgerentscheid kann innerhalb eines Jahres nur durch einen neuen Bürgerentscheid abgeändert werden, es sei denn, dass sich die dem Bürgerentscheid zugrunde liegende Sach- oder Rechtslage wesentlich geändert hat.

(14) ¹Der Bürgerentscheid entfällt, wenn der Gemeinderat die Durchführung der mit dem Bürgerbegehren verlangten Maßnahme beschließt. ²Für einen Beschluss nach Satz 1 gilt die Bindungswirkung des Absatzes 13 Satz 2 entsprechend.

[...]